

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

Frankreich unter Thiers' Präsidium.

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504**

geben habe. Jedenfalls wurde sein Rücktritt der Markstein, an dem die Bismarcksche Wirtschaftspolitik erst unmerklich, dann immer entschiedener ihre bisherige Richtung aufgab. Das Reichseisenbahnprojekt aber wurde aufgegeben. Die Zustimmung des preußischen Landtags zum Verkauf der Bahnen vermochte nicht den Bundesrat zur Einwilligung in den Ankauf zu bewegen. Die Folge war, daß Bismarck nun die Konsolidierung des preußischen Eisenbahnnetzes mit aller Energie ins Auge faßte und daß er, um sich dabei des sachkundigsten und energischsten Gehilfen, der ihm zu Gebote stand, zu versichern, den Übertritt Maybachs aus dem Reichseisenbahnramte in das preußische Handelsministerium veranlaßte. Zum Nachfolger Delbrücks wurde der bisherige hessische Minister und Bevollmächtigte zum Bundesrat, von Hofmann, ernannt, welchem man keinen Anlaß hatte wesentlich andere wirtschaftliche Grundsätze als Delbrück beizumessen.

Ausdehnung  
der preußischen  
Staatsbahnen.

### Frankreich unter Thiers' Präsidium.

Daß eine neue wirtschaftliche Strömung in ganz Europa im Anwachsen begriffen war, konnten aufmerksame Beobachter sich schon lange nicht mehr verhehlen, und ebensowenig zweifelhaft war es, daß wie einst vor zwanzig Jahren die Freihandelsbewegung von Frankreich ausgegangen war, so jetzt die schutzzöllnerische Richtung von dort aus ihren Siegeslauf begann. Eine mächtige Stütze hatte sie an Thiers, der sich stets zu ihren Grundsätzen bekannt hatte; eine noch mächtigere vielleicht an den finanziellen Bedrängnissen des Landes, die sich ohne bedeutende Erhöhung der Zölle nicht überwinden ließen. Von den Finanzzöllen, die dazu nötig waren, führten dann unmerklich und bequem tausend Übergänge zu den von der Großindustrie ungestüm geforderten Schutzzöllen.

Die ungeheuere Summe, die Frankreich an Deutschland hatte zahlen müssen, war zum großen Teil natürlich dadurch aufgebracht worden, daß das Ausland sich an den französischen Anleihen beteiligte und so als Gläubiger Frankreichs in Deutschlands Stelle trat; soweit aber das Inland selbst die neuen Renten übernahm, verkaufte es dafür einen großen Teil seiner ausländischen Papiere. Trotzdem mußte sich ein starker Abfluß der Zahlungsmittel fühlbar machen; um ihn thunlichst auszugleichen, brachte die französische Bank ihre Notenausgabe auf etwa 3200 Millionen, d. h. fast auf das Doppelte, und verminderte ihren Barbestand zeitweilig um 6—800 Millionen, ohne daß ihre Noten je mehr als  $1\frac{1}{2}\%$  verloren. Die glatte Erledigung aller dieser schwierigen Operationen hob natürlich das französische Selbstbewußtsein nicht wenig; man schien darüber fast ganz die Erinnerung daran zu verlieren, daß die eigentliche Last der Kriegsschädigung und der eigenen Kriegskosten in der Form der jährlichen Zinszahlung und der Amortisation unvermindert

Beischaffung der  
Milliarden.

fortdauerte. Hatte die Staatsschuld vor dem Kriege etwas über 11 Milliarden betragen, so war sie jetzt auf ungefähr 18 Milliarden gestiegen; die Zinsenlast aber hatte sich gar von 350 auf 750 Millionen gehoben und außerdem sollten jährlich 200 Millionen an die Bank auf die von ihr geleisteten Vorschüsse zurückgezahlt werden. Es galt also ein jährliches Mehrbedürfnis von rund 600 Millionen durch Ersparnisse oder neue Steuern zu decken.

Nach Thiers' ursprünglichem Plane, den er am 20. Juni 1871 in der Nationalversammlung entwickelte, hoffte er durch Ersparnisse 120 Millionen aufzubringen und forderte für 488 Millionen neue Steuern. Soweit die letzteren in Zöllen auf Verzehrungsgegenstände, in der Erhöhung des Stempels, des Portos, der Schifffahrtsabgaben u. bestanden, wurden sie anstandslos bewilligt und damit der Regierung etwa 350 Millionen zur Verfügung gestellt. Großen Widerspruch aber fand die Forderung der Rohstoffzölle, die mit einer Ausfuhrvergütung Hand in Hand gehen sollten. Die Linke wollte statt dessen eine Einkommensteuer, die Thiers jedoch mit großer Heftigkeit als „revolutionär“ verwarf; ebensowenig wollte er von der Fabriksteuer hören, welche die Budgetkommission durch ihren Berichterstatter Casimir Périer empfahl. Da eine Verständigung nicht zu erreichen war, mußte man die Sache einstweilen ruhen lassen, wenn dadurch auch die Rückzahlungen an die Bank verzögert wurden. Erst Anfang Januar 1872 wurden die Verhandlungen wiederaufgenommen, nachdem inzwischen Périer als Minister des Inneren an die Stelle des verstorbenen Lambrecht getreten war. Obgleich durch seine Vermittelung die Gegenätze etwas abgeschwächt waren, gewann doch die zehntägige Debatte vom 9.—19. Januar eine außerordentliche Lebhaftigkeit; Thiers ergriff nicht weniger als siebenmal das Wort; er hätte sich damit begnügt, wenn die Versammlung die Rohstoffzölle zunächst nur im Prinzip gebilligt und den Umfang derselben dann auf das unerläßlichste, niedrigste Maß herabgedrückt hätte; allein diese „Billigung“ auszusprechen war den Freihändlern unmöglich; sie wollten höchstens die weitere Prüfung „vorbehalten“, und gewannen für dieses, von dem Abgeordneten Féray eingebrachte Amendement eine Mehrheit von 70 Stimmen, nachdem der in Thiers' Sinne gestellte Antrag von Marcel Barthe mit 360 gegen 318 Stimmen verworfen war.

In der ersten Erbitterung über diesen Beschluß verlangte der Präsident am anderen Tage seine Entlassung. Als aber die Versammlung an seinen Patriotismus appellierte und mit allen gegen 8 Stimmen auf Antrag Batbies von der Rechten eine Tagesordnung annahm, die dem Beschluß vom 19. Januar jede politische Tragweite absprach, lenkte er ein und blieb an seinem Posten. Nachdrücklich aber betonte er, daß er von seinen wirtschaftspolitischen Überzeugungen nicht lassen könne. „Schutzzöllner bleibe ich doch, das bin ich von je gewesen“, erklärte er beim Empfang der Deputation, welche ihm die Tagesordnung überbrachte, und zuversichtlich mochte er die Hoffnung hegen, daß der Ausgang des

Die Rohstoffzölle.

Thiers' Demission.

Konfliktes  
Wochen  
1872 wu  
2. Febru  
beschlosse  
die Frag  
portierter  
zu bester  
deshalb  
zöllen zu  
die Tage  
den Abf  
Folgen  
ein Jahr  
zwischen  
vereinba  
land; an  
1873 n  
freilich  
daß die  
Lasten  
gab die  
danach  
719 ge  
Finanz  
war wi  
handen.  
Armeeb  
nichts g  
in der  
krieg zu  
D  
nicht. F  
ernannt  
in Ang  
über di  
beantra  
wurde.  
da die  
allein  
lich re  
nigte e  
1871 n  
im Apr  
Bataill

Konfliktes seinen Plänen Vorschub leisten werde. Schon die nächsten <sup>Seine Erfolge.</sup> Wochen brachten den Freihändlern zwei ernste Niederlagen; am 30. Januar 1872 wurde ein Zuschlag auf die Hafengebühren fremder Schiffe, am 2. Februar die Kündigung der Handelsverträge mit England und Belgien beschlossen. Besonders die letztere Maßregel hatte direkten Bezug auf die Frage der Rohstoffzölle, weil jene Verträge es untersagten die importierten Rohstoffe höher als die gleichartigen inländischen Produkte zu besteuern. Bis zum Ablauf der Verträge (im März 1873) war deshalb auch höchstens eine Summe von 42 Millionen aus den Rohstoffzöllen zu erwarten. Erst im Juli 1872 kamen die letzteren wieder auf die Tagesordnung und nach heftigen Debatten trug der Präsident bei den Abstimmungen am 20. und 26. Juli den Sieg davon. Praktische Folgen sollte derselbe freilich nur in geringem Maße haben. Gerade ein Jahr später gab die französische Regierung, nachdem Thiers inzwischen gestürzt war, das Prinzip der Rohstoffzölle wieder auf und vereinbarte auf dieser Grundlage einen neuen Handelsvertrag mit England; auch der Zuschlag zur Flaggensteuer wurde schon zum 1. Oktober 1873 wiederabgeschafft. Für die Finanzen war jede solche Einbuße freilich schwer zu verwinden; denn mehr und mehr stellte sich heraus, daß die ursprüngliche Veranschlagung der aus dem Kriege erwachsenen Lasten viel zu niedrig gewesen sei. Statt auf 8739 wie im Jahre 1871 gab die Regierung sie 1875 auf 9886 Millionen an und berechnete danach eine jährliche Mehrausgabe von 775 Millionen, von denen nur 719 gedeckt seien. Jahr für Jahr schloß mit einem Defizit, obgleich die Finanzzölle die veranschlagten Ergebnisse weit überstiegen; schon 1875 war wieder eine schwebende Schuld von 840 Millionen Franken vorhanden. Wirkliche Abhilfe hätte nur eine umfangreiche Verminderung des Armeebudgets bringen können; aber gerade hier wollten fast alle Parteien nichts gespart wissen, sondern vermehrten beständig die Lasten des Landes in der Hoffnung sich dadurch das Werkzeug für einen baldigen Rachekrieg zu schaffen.

Die Parteigegensätze schwiegen freilich deshalb auch in diesen Fragen nicht. Die Linke war erbittert über die Degradierung der von Gambetta ernannten Generale, die der Kriegsminister Cussy schon im Juli 1871 in Angriff nahm; nicht minder zürnte sie und mit ihr der Präsident über die Auflösung der Nationalgarde, die von Trochu, Chanzy, Ducrot beantragt und am 24. August 1871 von der Versammlung beschlossen wurde. Mit der Zeit hätte sie zwar auf alle Fälle erfolgen müssen, da die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht außer Frage stand; allein Thiers wünschte sie solange hinauszuschieben, bis die Armee gründlich reorganisiert sei. Da er damit nicht durchdringen konnte, beschleunigte er umsomehr die Verstärkung des Heeres. Schon im September 1871 wurde ihm ein Jahreskontingent von 120 000 Rekruten zugestanden, im April 1872 wurden 20 neue Regimenter geschaffen und die Zahl der Bataillone von drei auf vier erhöht; einen Monat später begannen end-

Militärische  
Fragen.

Das Wehr-  
gesetz.

lich in der Nationalversammlung die Beratungen über das von einer Kommission ausgearbeitete Wehrgesetz. Das Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht und die Bemessung der Dienstzeit auf 20 Jahre wurden nicht ernstlich bestritten; dagegen bekämpften sich die verschiedenen Ansichten heftig in der Frage, wieviel Jahre dem Dienste im stehenden Heere zugewiesen werden sollten. Thiers, dem persönlich eine Armee wie die von Austerlitz, in der jeder Mann zwölf Feldzüge hinter sich hatte, als das Ideal erschien, hatte anfänglich acht Jahre gefordert und sich endlich nur ungern mit fünfzehn begnügt. Auch diese Dauer schloß thatsächlich schon die Preisgabe der allgemeinen Wehrpflicht in sich; wollte man auch nur die Hälfte der Tauglichen fünf Jahre bei der Fahne halten, so mußte man aus finanziellen Gründen die andere Hälfte nach einer notdürftigen Ausbildung von einem halben Jahre entlassen. Die meisten Militärs waren deshalb für eine kürzere Dienstzeit. Trochu verfocht mit Eifer die dreijährige Dauer, wurde aber am 8. Juni mit einer Mehrheit von 230 Stimmen geschlagen und zog sich seitdem ganz aus dem politischen Leben zurück; Guillemaut, Pallières und andere Generale suchten darauf wenigstens das fünfte Jahr zu beseitigen; aber sie unterlagen einer noch viel größeren Majorität, da Thiers mit seinem Rücktritt drohte: er habe Königen gedient, äußerte er, ohne ihr Sklave zu werden; er wolle auch nicht der Kommiss der Republik sein. So setzte er denn seinen Willen wirklich durch; der Dienst im stehenden Heere wurde auf fünf, der in der Reserve auf vier Jahre festgesetzt; die übrigen elf Jahre fielen der Landwehr (Territorialarmee) und deren Reserve zu. Da das jährliche Kontingent auf 164 000 Mann bestimmt wurde, schätzte man mit Berücksichtigung der Abgänge durch Todesfall die aktive Armee auf 705 000, ihre Reserve auf 510 000, die Landwehr auf 580 000 und deren Reserve auf 625 000, die ganze bewaffnete Macht also auf ca. 2 420 000 Mann. Die Organisation derselben wurde einem besonderen Gesetze vorbehalten, das erst nach Thiers' Sturze am 24. Juli 1873 zustande kam und mit Einschluß des algerischen 19 Armeekorps bildete, jedes von 2 Divisionen, 4 Brigaden oder 8 Regimentern. Noch später, durch das Cadregesetz vom März 1875, wurde die Einteilung des Regimentes in vier Bataillone, des Bataillons in vier Kompagnien zur dauernden Einrichtung erhoben.

Die Ber-  
fassungsfra-  
ge.

Bedeutung wie die Erfolge waren, die Thiers in den Fragen des Militärwesens, der Finanzen und der Räumung des Landes errungen hatte, entbehrten sie doch alle des sicheren Grundes, solange das schwierigste von allen Problemen, die künftige Verfassung des Landes, nicht geordnet war. Durch den Pakt von Bordeaux hatte man ein Provisorium geschaffen, das keine wahrhafte Beruhigung der Gemüter aufkommen ließ. Die Mehrheit der Nationalversammlung war der thatsächlich bestehenden Republik feindlich gesinnt und wünschte um so sehnlicher den Augenblick der Wiederherstellung der Monarchie herbei, je weniger sich verkennen ließ, daß eine gewisse Gewöhnung an die

republik  
Und do  
Königt  
sich nich  
nisten  
den Th  
anerken  
Trifol  
Grundl  
nächstg  
wahrte  
an dem  
ein Kin  
auch de  
tracht  
seinen  
blieben  
das na  
haben.

Di  
einstwei  
jedes B  
1871 e  
der geg  
willigte  
zu Mitg  
geben l  
Verban  
Gebrau  
bei sein  
Namen  
in den  
wurden  
feldzug  
fern lie  
auszub  
ging die  
dem W  
fale wo  
dem B  
In  
jetzt no  
der err  
oft gen  
wußten

republikanische Staatsform deren Lebensfähigkeit beständig vergrößerte. Und doch konnten die Monarchisten keine Schritte zur Erneuerung des Königtums wagen, weil sie über die Person des künftigen Herrschers sich nicht zu einigen vermochten. Wohl war ein großer Teil der Orleanisten nicht abgeneigt den Grafen von Chambord als Heinrich V. auf den Thron zu erheben, wenn dieser die Nachfolge des Grafen von Paris anerkennen und das alte Lilienbanner der Bourbonen der nationalen Trifolore opfern wollte; eine Fusion der beiden Parteien auf dieser Grundlage war von Anfang an das Ziel ihrer Wünsche; aber die Hartnäckigkeit Chambords machte jede Verständigung unmöglich. Zwar wahrte er sich wiederholt gegen die Auslegung, als ob sein Festhalten an dem weißen Banner Intoleranz und Absolutismus bedeute; er sei ein Kind seiner Zeit, sei der Mann nicht allein des Rechtes, sondern auch der Ordnung und der Reform; er bringe die Religion, die Eintracht und den Frieden zurück, und selbst die Gerechtigkeit werde in seinen Händen noch Milde sein — allein alle solche Versicherungen blieben doch wirkungslos und nur die Annahme der Trifolore würde das natürliche Mißtrauen der Orleanisten einigermaßen beschwichtigt haben.

Graf Cham-  
bord.

Die prinziplichen Häupter der letzteren hielten es für geraten sich einstweilen auf den Boden der gegebenen Verhältnisse zu stellen und jedes Prätendententum abzuleugnen. Sie hatten dadurch schon im Juni 1871 einen wichtigen Erfolg erreicht, indem Thiers in die Aufhebung der gegen die früheren Königsfamilien erlassenen Verbannungsgesetze willigte und sich dagegen nur persönlich von Numale und Joinville, die zu Mitgliedern der Nationalversammlung gewählt waren, das Versprechen geben ließ ihre Sitze in derselben nicht einzunehmen. Chambord, dessen Verbannung nun auch ein Ende hatte, machte davon wenigstens soweit Gebrauch, daß er im Juli von Brügge aus dem Schlosse, das ihm einst bei seiner Geburt durch Nationalsubskription geschenkt war und dessen Namen er trug, einen kurzen Besuch abstattete. Es geschah das gerade in den Tagen, wo die Nachwahlen von 113 Deputierten vorgenommen wurden, und da sich alle monarchistischen Parteien für diesen Wahlfeldzug verbündet hatten, so mochte dem Prätendenten die Hoffnung nicht fern liegen, daß er Zeuge eines glänzenden und vielleicht sofort weiter auszubehutenden Sieges seiner Anhänger sein werde. Allein statt dessen ging die Regierung in wahrhaft überraschendem Umfang als Siegerin aus dem Wahlkampf hervor; nur 6 Monarchisten und andererseits 14 Radikale waren gewählt; alle übrigen Abgeordneten standen unbedingt zu dem Präsidenten.

Die Bringen  
von Orleans.Die Nach-  
wahlen.

Immerhin verfügten die Monarchisten, wenn sie einig waren, auch jetzt noch über eine ansehnliche Mehrheit in der Versammlung und bei der erregten Stimmung dieser Wochen ließen sie das den Präsidenten oft genug fühlen. Weil sie keinen anderen an seine Stelle zu setzen wußten, hüteten sie sich aber es zu weit zu treiben und begnügten sich

Fabres Sturz. beispielsweise damit den Minister des Auswärtigen, Jules Favre, zu stürzen, weil er die Wiederherstellung des Kirchenstaates nicht begünstigen wollte, während sie dem Präsidenten persönlich nach dieser Richtung hin ein Vertrauensvotum erteilten. Dieser mußte seinerseits das dringende Bedürfnis empfinden die Parteibildung derart umzugestalten, daß er selbst eine feste Majorität hinter sich hatte. Möglich war dies nur, wenn es gelang alle Mittelparteien von der gemäßigten Rechten bis zur gemäßigten Linken auf dem Boden eines gemeinsamen, wenn auch nur provisorischen Programms zu vereinigen. Die vertraulichen Verhandlungen, die zu diesem Zwecke besonders durch den Abgeordneten Rivet geführt wurden, hatten denn endlich auch ein Ergebnis: am 12. August 1871 beantragte Rivet Thiers' Vollmachten auf drei Jahre auszudehnen und ihm den Titel „Präsident der Republik“ statt Präsident der Exekutivgewalt zu verleihen; indes sollte sein Präsidium doch schon vor Ablauf der drei Jahre erlöschen, wenn die Versammlung selbst sich früher auflöse. Selbst diese bescheidenen Forderungen erlitten jedoch in der Kommission noch Abschwächungen: der Berichterstatter derselben, Vitet, empfahl Thiers einfach für die Dauer der Nationalversammlung zum Präsidenten der Republik zu ernennen; als solcher dürfe er aber nicht mehr wie bisher jederzeit in die Verhandlungen eingreifen, sondern müsse sich feierlich anmelden, wenn er eine Rede halten wolle, und nach dieser Rede müsse die Sitzung vertagt werden. Offenbar wünschte man dadurch den gefürchteten persönlichen Einfluß des Präsidenten abzuschwächen. Dennoch ließ Thiers sich darauf ein, vorausgesetzt daß man in den Motiven ausdrücklich das Vertrauen zu seiner Person betone. Dies räumte die Mehrheit bereitwillig ein, und nachdem ein Auflösungsantrag der Linken durchgefallen war, wurde der Rivet-Vitetsche Antrag am 31. August 1871 mit 491 gegen die 93 Stimmen der äußersten Parteien von rechts und links zum Gesetz erhoben. Viel geändert war dadurch nicht; der Präsident bestätigte die bisherigen Minister in ihren Ämtern und übertrug Dufaure das Vizepräsidium im Ministerrate; dann wurde die erste Session der Nationalversammlung geschlossen und diese trat, unter Zurücklassung eines Überwachungsausschusses, vom 12. September bis 4. Dezember in die Ferien ein.

Generalrats-  
wahlen.

Die Prinzen  
von Orleans.

Obgleich nun in dieser Zwischenzeit der günstige Ausfall der Generalratswahlen, bei denen die äußerste Rechte mit den Bonapartisten nur etwa 350 Sitze errang, während den Centren etwa 1200, den Republikanern etwa 1000 zufielen, der Majorität vom 31. August eine neue moralische Stütze gab, begann die zweite Session doch sofort wieder mit Beschlüssen, die sich gegen den Präsidenten richteten. Besonders empfindlich war es für diesen, daß die Versammlung ihm nicht gegen die Prinzen von Orleans beistehen wollte, die nach Annahme des Rivet-Vitetschen Gesetzes sich ihres Versprechens nicht in die Nationalversammlung eintreten zu wollen für entbunden erklärten und wirklich auch ihre Sitze einnahmen, nachdem die Versammlung am 18. Dezember es abge-

lehnt ha  
zu außer  
begünsti  
verlegen  
Périer  
Inneren  
die oben  
zölle un  
gespannt  
sich Bod  
ein Pro  
eine De  
hielt, d  
Anlauf  
Einigun  
histische  
wußte,  
Teifferer

Au  
zu halte  
nicht ge  
den rad  
er sie i  
unterstü  
Republik  
gesetz, d  
sprachem  
aber no  
Besonde  
Chanzy  
und ver  
Druck o  
sich ihr  
punkt d  
uerhebe  
habe.  
demselb  
Journal  
um die  
der un  
B  
neubefe  
Wege r  
für die  
gnadig

lehnt hatte sich über eine Verpflichtung, an der sie keinen Anteil habe, zu äußern. Ebenso verdrießlich war es für Thiers, daß der von ihm begünstigte Antrag Duchatels den Sitz der Regierung nach Paris zu verlegen mit 60 Stimmen Mehrheit verworfen wurde, was Casimir Périer und Léon Say veranlaßte aus ihrer Stellung als Minister des Inneren und Seinepräpekt zu scheiden. Den Höhepunkt der Krisis bildete die oben erzählte Niederlage des Präsidenten in der Frage der Kohstoffzölle und die Ankündigung seines Rücktrittes. Wie immer in solchen gespannten Augenblicken versuchten auch jetzt die Fusionisten wieder für sich Boden zu gewinnen; Ernoul, Baragnon, de Meaux u. a. entwarfen ein Programm, das schnell 264 Unterschriften erhielt, und suchten durch eine Deputation an den Grafen Chambord, der sich in Antwerpen aufhielt, dessen Zustimmung zu gewinnen. Aber wiederum scheiterte der Anlauf an der weißen Fahne, und dem mißlungenen Versuch der Einigung folgte wie üblich eine gesteigerte Entfremdung der monarchistischen Parteien untereinander, die Thiers geschickt dadurch zu nähren wußte, daß er zwei Mitgliedern des rechten Centrums, Goulard und Teisserenc de Bort, Plätze im Ministerium einräumte.

Auch mit der Linken wußte er sich jedoch auf leidlich gutem Fuße zu halten, weniger dadurch, daß er auch ihr gelegentlich einmal einen nicht ganz unbedeutenden Posten überließ (wie er z. B. eben damals den radikalen Barodet zum Maire von Lyon ernannte), als dadurch, daß er sie in ihrem Kampfe gegen den Bonapartismus und Klerikalismus unterstützte und sich immer unzweideutiger dahin aussprach, daß er die Republik für die einzig mögliche Regierungsform halte. Ein Schulgesetz, das Jules Simon, ein Preßgesetz, das Lefranc einbrachte, entsprachen zwar keineswegs in allen Stücken den Forderungen der Linken, aber noch verhaßter waren sie den Klerikalen und den Bonapartisten. Besonders das linke Centrum, dessen Vorsitziger damals der General Chanzy war, schloß sich der Politik des Präsidenten immer enger an und vereitelte die Bemühungen der weiter rechts stehenden Parteien einen Druck auf Thiers zu üben. Als im Sommer 1872 die zweite Session sich ihrem Ende zuneigte, mehrten sich die Anzeichen, daß der Standpunkt des Präsidenten sich allmählich und fast unmerklich, doch nicht unerheblich nach links verschoben und seine Stellung sich dadurch befestigt habe. Der einzige Legitimist im Ministerium, Baron Larcy, schied aus demselben, von den monarchistischen Blättern trat das einflußreiche Journal des Débats offen zu den Republikanern über, und in den Kämpfen um die Kohstoffzölle blieb dem Präsidenten, wie früher erzählt wurde, der unzweifelhafte Sieg über die Rechte.

Vonseiten der Linken würde es die klügste Politik gewesen sein den neubekehrten konservativen Republikanern und dem Präsidenten selbst die Wege möglichst zu ebnen. Wenn sie statt dessen eine Adressenbewegung für die Auflösung der Versammlung in Gang brachte oder die Begnadigung der verurteilten Kommunisten forderte, wenn Gambetta per-

Konflikte.

Die Linke.



Gambetta. fönlich auf seiner Ferienrundreise zum Mißtrauen gegen die neuen Republikaner ermahnte, so konnte das der gesunden Weiterentwicklung nur nachtheilig sein, und Thiers sowohl wie später die Mehrheit der Versammlung blieben die Antwort auf Gambettas Angriffe, die er besonders in einer Rede in Grenoble am 26. September gegen sie gerichtet hatte, nicht schuldig. Verständigerweise sah der ehemalige Diktator noch zu rechter Zeit ein, daß er sich von seiner Hitze zu weit habe fortreißen lassen, und stellte seine Agitation ein, als er von Thiers' entschiedenen Gegenerklärungen im Ferienausschusse hörte. Andererseits mahnten gerade in diesen Wochen die Umtriebe der Klerikalen und Legitimisten nachdrücklich ihre Gegner zur Einigkeit. Schwunghafter als je hatten sie in den Herbstmonaten die großen Pilgerzüge nach La Salette, Paray-le-Monial und besonders nach Lourdes in den Pyrenäen in Szene gesetzt; vor allem die Wallfahrt vom 6. Oktober, die von einem Ausschusse vornehmer Damen, z. B. der Frau des Marschalls Mac Mahon, veranstaltet war und deren Teilnehmer auf 30 000 angegeben wurden, erregte allgemeines Aufsehen, und der Refrain der Pilgerlieder: „Errette Frankreich, rette Rom!“, die Hymnen zu Ehren Heinrichs V. und des Papstes, die ermutigende Zustimmung, welche der Prädent diesen auf die Wiederherstellung des Königs- und des Papsttums gerichteten geistlichen Agitationen gab, waren wohl geeignet die Anhänger der konservativen und der radikalen Republik, die in Chambords Augen natürlich gleich verwerflich waren, einander zu nähern.

Die Novemberbotschaft von 1872.

Thiers glaubte unter diesen Umständen die neue Session mit einer kräftigen Anregung zur Herstellung festerer Verfassungszustände eröffnen zu müssen. Seine Botschaft vom 13. November 1872 betonte nachdrücklich, daß die Republik die gesetzliche Regierung des Landes sei, daß etwas anderes anstreben eine neue Revolution, und zwar die furchtbarste von allen, bedeute; der Augenblick sei gekommen um der Republik dauernde Formen und jene konservative Kraft zu geben, deren sie nicht entraten könne; die Versammlung möge einen Ausschusse niederlegen, dem die Regierung ihre eigenen Ansichten rückhaltslos mitteilen werde.

Gegenplan der Rechten.

Angeachtet der jubelnden Zustimmung auf der Linken drohte jedoch dieser kühne Schritt des Präsidenten zu sehr unerwünschten Folgen zu führen. Die Rechte setzte es durch, daß zunächst ein Ausschusse gewählt wurde um eine Antwort auf die Botschaft vorzubereiten, und in diesem Ausschusse hatte sie neun Stimmen gegen sechs. Ihr Plan ging dahin den persönlichen Einfluß des Präsidenten dadurch zu brechen, daß sie ihn in die Stellung eines unverantwortlichen Staatsoberhauptes zurückdrängte und ihn nötigte die Minister anzunehmen, welche ihm die Mehrheit vorschreibe. Zu diesem Zwecke sollte ein neuer Fünfzehnerausschusse ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz entwerfen. Mund heraus erklärte Vatbie als Berichtstatter am 26. November, daß die Rechte ein Ministerium des Kampfes verlange; wolle man den Radikalismus besiegen, so müsse

der Präsi-  
liebe, in  
in die D  
dent solch  
Bürgersch  
gewährt n  
bekenntnis  
Privatleb  
Noch ein  
Centrum  
linken Ce  
Stimmen  
Dreißiger  
wann un  
de Larcy

Unz  
glieder d  
bringen  
rung sta  
Périer n  
ihr jede  
eine Reil  
in das L  
an Larcy  
die Petiti  
Untersch  
Spaltung  
Debatte  
eher auf  
fielen die

Inz  
in zwei  
Präsident  
Veratun  
Mehrheit  
Thiers'  
der Ant  
Versam  
Übertrag  
die Bild  
Abänder  
befaßte  
des Prä  
dies dur  
genden

der Präsident verhindert werden eine Ministerfrage, so oft es ihm beliebe, in eine Regierungsfrage zu verwandeln und sich beständig selbst in die Debatten zu mischen. Dufaure erwiderte darauf, daß der Präsident solchen Forderungen nur zustimmen könne, wenn ihm dafür andere Bürgschaften, insbesondere ein Suspensivveto und das Zweikammersystem, gewährt würden; Thiers persönlich erneuerte sein republikanisches Glaubensbekenntnis am 29. November und erklärte, daß er entschlossen sei ins Privatleben zurückzutreten, wenn die Versammlung etwas anderes wolle. Noch einmal übte diese Drohung ihre Wirkung; ein Teil des rechten Centrums enthielt sich der Abstimmung; die schwankenden Elemente des linken Centrums votierten für die Regierung und mit 372 gegen 335 Stimmen wurde, wie Dufaure es verlangt hatte, die Niedersetzung eines Dreißigerausschusses beschlossen, in dem freilich die Rechte 19 Sitze gewann und kein Geringerer als der jüngst entlassene legitimistische Minister de Larcy den Vorsitz führte.

Der Dreißiger-  
Ausschuß.

Unzweifelhaft stellte sich bei diesem Ringen heraus, daß die 120 Mitglieder des linken Centrums, wenn sie zusammenhielten, die Entscheidung bringen konnten. Die größere Hälfte derselben unter Christophles Führung stand unbedingt zur Republik, die kleinere Hälfte unter Casimir Périer war unzuverlässig, weil die Furcht vor dem Radikalismus bei ihr jede andere Rücksicht überwog. Um sie zu beruhigen machte Thiers eine Reihe von Zugeständnissen. Lefranc schied aus dem Ministerium, in das Léon Say (vom linken Centrum) und Fourtou (von der Rechten, an Larcys Stelle) eintraten; einige radikale Blätter wurden unterdrückt, die Petitionen um Auflösung der Versammlung, die bereits eine Million Unterschriften zählten, auf jede Weise erschwert. Dennoch war die Spaltung des linken Centrums nicht mehr zu verhindern und bei der Debatte über einen Antrag Gaslondes, daß die Versammlung sich nicht eher auflösen dürfe, als bis die Räumung des Landes vollendet sei, fielen die beiden Teile am 14. Dezember 1872 auseinander.

Das linke  
Centrum.

Inzwischen hatte sich der Dreißigerausschuß ans Werk gemacht und in zwei Unterausschüssen die Fragen, welche sich auf die Stellung des Präsidenten bezogen, und diejenigen, welche andere Punkte betrafen, in Beratung genommen. Der Grund dieser Teilung lag darin, daß die Mehrheit diese letzteren möglichst beiseitezuschieben wünschte. Und trotz Thiers' und Dufaures Gegenbemühungen gelang dies auch soweit, daß der Antrag des zweiten Unterausschusses sich darauf beschränkte, die Versammlung wolle beschließen sich nicht zu trennen ohne die Art der Übertragung der Gewalten auf ihre Nachfolger geordnet, ein Gesetz über die Bildung einer zweiten Kammer genehmigt und die dazu erforderliche Abänderung des Wahlgesetzes beschlossen zu haben. Um so eingehender befaßte sich dafür der erste Unterausschuß mit der Regelung der Stellung des Präsidenten. Wenn er in der Versammlung reden wollte, sollte er dies durch eine besondere Botschaft ankündigen und dann erst am folgenden Tage erscheinen; nach seiner Rede mußte die Debatte vertagt

Die Ausschuß-  
anträge.

werden. Anstatt des Suspensivvetos, das er forderte, wurde ihm nur das Recht eingeräumt bei dringlichen Gesetzen innerhalb drei Tagen eine zweite Beratung, bei anderen Vorlagen einen zweimonatlichen Zwischenraum zwischen der zweiten und dritten Lesung zu verlangen. Interpellationen, welche die innere Politik betrafen, sollte er nur dann persönlich beantworten dürfen, wenn die Minister erklärt hätten, daß sie seine Verantwortlichkeit berührten; nur in der auswärtigen Politik wurde diese von vornherein als vorhanden angenommen. Natürlich waren alle diese Beschränkungen dem Präsidenten sehr unangenehm; er spottete über dieses Popstum, das in China, aber nicht in Frankreich am Platze sei; allein die dreißig Chinesen, wie die Ausschußmitglieder in folgedessen betitelt wurden, ließen sich dadurch nicht irremachen, und nachdem sie durch den Herzog von Broglie am 21. Februar 1873 ihren Bericht erstattet hatten, wurden nach 14tägigen Debatten am 13. März ihre Anträge fast unverändert mit 411 gegen 217 Stimmen angenommen; nur ein bedeutsames Amendement brachte Belcastel von der äußersten Rechten durch: es schloß das Recht des Präsidenten auf erneute Beratung oder Vertagung zu dringen bei den Gesetzen aus, durch welche die Versammlung die künftige Verfassung ordnen werde.

Buffet Präsi-  
dent der Ver-  
sammlung.

Die Rechte fühlte sich durch diese Erfolge nicht wenig ermutigt und bekundete ihre Kampfeslust einige Wochen später durch die ungestüme Opposition, die sie Grévy, dem Präsidenten der Nationalversammlung, aus Anlaß eines Ordnungsrufes machte, den er über einen der Ihren verhängt hatte. Als Grévy darauf zurücktrat, wünschten zwar die gemäßigteren Elemente ihn von neuem zu wählen; allein 236 Stimmen erklärten sich gegen ihn, und da der Präsident bei einer so starken, ihm feindlichen Minorität die Wiederwahl ablehnte, übertrug die Rechte am 2. April 1873 mit 304 gegen 285 Stimmen einem aus ihrer Mitte, Buffet, den Vorsitz, während der von Thiers und den Ministern begünstigte Kandidat Marcel — allerdings nur weil die äußerste Linke sich der Abstimmung enthielt — unterlag.

Wahlsiege der  
Radikalen.

Überhaupt reizten die Erfolge der Rechten naturgemäß ihre extremsten Gegner zu gesteigerter Kraftentfaltung, die sich auch in anderen Fällen, ähnlich wie bei der Niederlage Marcells, zugleich gegen Thiers richtete. Besonders schmerzlich empfand dieser den Ausfall einer Pariser Nachwahl, bei der sein alter Freund, der Minister des Auswärtigen Rémusat, dem Radikalen Varodet erlag. Die Demonstration war um so deutlicher, als der Gewählte soeben infolge eines von der Linken auf das lebhafteste bekämpften Gesetzes über die städtische Verwaltung von Lyon sein Amt als Maire dieser Stadt niedergelegt hatte und somit als Märtyrer der Demokratie galt. Auch sonst brachten die Nachwahlen einige sehr weit links stehende Persönlichkeiten in die Kammer, so den vormaligen Kommunisten Ranc, den Lyon, und den radikalen Lockroy, den Marseille nach Versailles schickte.

Für die Rechte lag in diesen Vorgängen nur ein Anlaß mehr auf

die Säul  
Jules C  
Ende 18  
es nur  
Gegenve  
wort, h  
in die K  
heit zun  
indem L  
Mitglied  
des legt  
Diesen  
Verstärk  
jenen e  
um das  
war er  
neugebil  
seine S  
erregten  
indem e  
Käümü  
versamm  
Goular  
ein, un  
auf ihr  
er zugl  
Casimir  
D  
Vertret  
durch,  
über di  
die Ver  
das Be  
lesung  
Angriff  
unterstr  
insbeso  
der De  
Minist  
antwor  
für den  
die zah  
durch  
Waffe  
jede W

die Säuberung des Ministeriums zu dringen. Am bittersten haßte sie Jules Simon wegen des von ihm vorgelegten Unterrichtsgesetzes. Seit Ende 1871 unterlag dasselbe den Beratungen eines Ausschusses, in dem es nur zwei Befürworter zählte und von Bischof Dupanloup mit dem Gegenvorschlag der Unterrichtsfreiheit bekämpft wurde — einem Schlagwort, hinter dem sich deutlich genug die Absicht barg die Schule völlig in die Hände der Geistlichkeit zu bringen. Ehe diese wichtige Angelegenheit zum Austrag gebracht war, kam dann ein zweiter Zankapfel hinzu, indem Broglie im Namen seiner Freunde eine Vermehrung der geistlichen Mitglieder des Unterrichtsrates forderte und einem gewählten Ausschuss des letzteren die Aufgabe übertrug den Minister zu überwachen. Diesen Angriff hatte Simon erfolgreich zurückgeschlagen, ja sogar eine Verstärkung des weltlichen Elementes und für den Minister das Recht jenen engeren Ausschuss selbst zu ernennen durchgesetzt. Dem Kampf um das Unterrichtsgesetz, in dem er eine Niederlage befürchten mußte, war er dann ausgewichen, indem er dasselbe zurückzog um es erst dem neugebildeten Unterrichtsrat vorzulegen. Gleichwohl erkannte er selbst seine Stellung als auf die Dauer unhaltbar an und forderte in den erregten Tagen, welche den Märzdebatten folgten, die Rechte trotzig heraus, indem er in einer Rede in der Sorbonne die Verdienste Thiers' um die Räumung des Landes besonders deshalb feierte, weil sie der Nationalversammlung zum Trost erworben seien. Dagegen legte sein Kollege Goulard in dem Ferienausschusse während der Osterferien Verwahrung ein, und Thiers forderte nun angesichts dieses Zwiespaltes beide Minister auf ihre Ämter niederzulegen und berief statt ihrer am 18. Mai, indem er zugleich das Kultusministerium von dem des Unterrichts trennte, Casimir Périer, Berenger und den Protestanten Waddington in seinen Rat.

Das so umgebildete Ministerium konnte für eine recht zuverlässige Vertretung der konservativen Republik gelten und bewies das auch dadurch, daß es sofort mit Vorlagen über die Bildung eines Senates, über die Änderung des Wahlrechtes und die Wahl des Präsidenten vor die Versammlung trat. Die Rechte derselben erblickte darin mit Grund das Vorspiel eines Auflösungsantrags und wollte nicht einmal die Verlesung der Gesekentwürfe sich gefallen lassen; ja sie ging selbst zum Angriff über, indem sie durch Changarnier eine von 320 Mitgliedern unterstützte Interpellation über den letzten Ministerwechsel, d. h. also insbesondere über die Entlassung Goulards stellte. Ihr Wortführer in der Debatte am 23. Mai 1873 war Broglie, der dem Mißtrauen gegen Ministerium und Präsidenten den schärfsten Ausdruck gab; Dufaure antwortete ohne großen Eindruck zu machen und Thiers selbst, der sich für den 24. hatte anmelden lassen, berief sich ebenso vergeblich auf alle die zahlreichen Beweise konservativer Gesinnung, die er gegeben habe; durch seine Erklärung, daß es gegen den Radikalismus keine andere Waffe gebe als die Proklamierung der definitiven Republik, schnitt er jede Möglichkeit einer Verständigung ab. Da die Sitzung nach seiner

Simons Sturz.

Thiers' Sturz.

Rede geschlossen werden mußte, beraumte Buffet für denselben Tag auf 2 Uhr eine neue an, in der ein von Ernoul eingebrachtes Mißtrauensvotum mit 360 gegen 344 Stimmen angenommen wurde; den Ausschlag gab eine kleine Gruppe, die sich um den Abgeordneten Target scharte und sich ausdrücklich als Anhängerin der definitiven Republik bekannte; nur aus Mißtrauen in die konservative Gesinnung des Ministeriums wollte sie sich der Mehrheit beigefügt haben. Da man auch auf der Rechten diesen Bundesgenossen nicht sehr traute und befürchten mußte, daß sie für persönliche Zugeständnisse ihre Haltung ändern möchten, beschloß man die Entscheidung zu beeilen. Für abends 8 Uhr wurde eine dritte Sitzung anberaumt um die Entschließungen des Präsidenten entgegenzunehmen. Wie diese lauten würden, war nicht zweifelhaft: Thiers kündigte durch Dufaure den Rücktritt des Ministeriums und seinen eigenen an. In Erwartung dieses Erfolges hatten die Führer der Rechten, Changanier, Broglie, Ernoul, den Antrag auf Wahl eines Präsidenten bereits mitgebracht und während die ganze Linke sich entfernte, wurde um 11 Uhr abends von 390 Mitgliedern einstimmig (nur ein Zettel lautete auf Grévy) der Marschall Mac Mahon zu Thiers' Nachfolger ernannt. Noch vor Mitternacht verkündete Buffet, daß der Erwählte bereit sei dem Willen der Nation zu gehorchen.

Mac Mahon  
Präsident.

### Mac Mahon und die Begründung der Republik.

So groß der Erfolg war, den die Monarchisten durch diesen glücklichen Streich errungen hatten, so bedeutete er doch immer nur den ersten Schritt zum Ziele, und bei der knappen Mehrheit, über die sie verfügten, mußte es angesichts der bonapartistischen Bestandteile und im Hinblick auf so unzuverlässige Bundesgenossen wie Target und seine Freunde sehr zweifelhaft erscheinen, ob es gelingen werde eine fusionistische Mehrheit für die Rückberufung Heinrichs V. zu sichern. Für den Augenblick freilich ließ sich alles so erwünscht wie möglich an. Die auswärtigen Kabinette machten keine erheblichen Schwierigkeiten die neue Regierung anzuerkennen. Bismarck mißbilligte zwar die Sympathie, welche Graf Arnim Thiers' Feinden entgegengetragen hatte; aber er bezeugte doch auch dem neuen Präsidenten sein Vertrauen, und Rußland wie Oesterreich folgten seinem Beispiele. Die Bildung des neuen Ministeriums, an dessen Spitze Broglie trat, vollzog sich ohne ernstliche Reibungen; neben dem Präsidenten vertraten Beulé und Vatbie darin den Orleanismus, Ernoul und de la Bouillerie die Legitimisten, Magne den Bonapartismus; die übrigen Mitglieder standen mehr zwischen den Parteien. Die Bevölkerung verhielt sich im ganzen doch nicht unfreundlich. Natürlich fehlte es nicht an heftigen Kundgebungen der radikalen Linken, aber diese wurden weit überboten durch die neuen Pilgerzüge, die sich in diesem Sommer vorzugsweise nach Paray-le-Monial richteten und noch weit über die gleichartigen Demonstrationen des letzten Jahres hinausgingen.

Das Ausland.

Ministerium  
Broglie.

Eifrig bet  
dem heilige  
geschaut h  
ganz Fran  
erbauen;  
wenn auch  
lung wuß  
hand glie  
nisterium  
Thronbew  
er den W  
mierte un  
der Berat  
natürlich  
erst nach  
wo die F  
zu können  
In d  
partisten.  
1873 zu C  
Napoleon.  
Ansprüche  
war eben  
Richtung  
der klerik  
und dem  
bar, und  
betrachtete  
weisen de  
halte; mo  
junge Na  
günstiger  
zurückgefi  
Dur  
Gunsten  
partisten  
den Aust  
Parteien  
seinem D  
in dessen  
fogar bef  
verwandt  
Fahne v  
habe; ih  
setzen ga